

No. 32353

---

**AUSTRIA  
and  
ITALY**

**Agreement on mutual administrative assistance for the prevention, investigation and punishment of customs offences. Signed at Vienna on 17 July 1991**

*Authentic texts: German and Italian.*

*Registered by Austria on 27 November 1995.*

---

**AUTRICHE  
et  
ITALIE**

**Accord relatif à l'assistance administrative mutuelle en matière de prévention, de recherche et de répression des infractions douanières. Signé à Vienne le 17 juillet 1991**

*Textes authentiques : allemand et italien.*

*Enregistré par l'Autriche le 27 novembre 1995.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK  
ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER ITALIENISCHEN  
REPUBLIK ÜBER GEGENSEITIGE AMTSHILFE ZUR VER-  
HINDERUNG, ERMITTlung UND VERFOLGUNG VON ZOLL-  
ZUWIDERHANDLUNGEN**

---

**Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Italienischen Republik**

in der Erwägung, daß Zu widerhandlungen gegen die Zollvorschriften den wirtschaftlichen, fiskalischen und kommerziellen Interessen ihrer Länder schaden;

in der Erwägung, daß die Sicherung der genauen Erhebung von Abgaben wichtig ist;

in der Erwägung, daß der Handel mit Suchtgiften und mit psychotropen Substanzen zur Versorgung des illegalen Marktes dieser Substanzen beträgt, welche eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit und für die Gesellschaft darstellen;

in der Überzeugung, daß der Kampf gegen diese Zu widerhandlungen durch enge Zusammenarbeit zwischen ihren Zollverwaltungen noch wirksamer gemacht würde;

unter Bedachtnahme auf die Empfehlung des Rates für Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens über gegenseitige Amtshilfe vom 5. Dezember 1953;

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

Für die Zwecke dieses Abkommens bedeutet

1. „Zollvorschriften“ die von den beiden Zollverwaltungen zu vollziehenden Rechtsvorschriften über
  - a) die Einfuhr, die Ausfuhr, den Verkehr und die Lagerung von Waren, einschließlich Zahlungsmitteln,
  - b) die Erhebung, Sicherung und Rückzahlung von Eingangs- und Ausgangsabgaben, sowie
  - c) die Kontrolle von Verboten und Beschränkungen der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr.
2. „Zollverwaltung“ in der Republik Österreich das Bundesministerium für Finanzen und die ihm nachgeordneten Zollbehörden und in der Italienischen Republik die Zollverwaltung, einschließlich der Guardia di Finanza;
3. „Zollzu widerhandlung“ jede Verletzung der Zollvorschriften sowie den Versuch einer solchen Verletzung;
4. „Eingangs- und Ausgangsabgaben“ die Zölle und die anderen von der Zollverwaltung anlässlich oder im Zusammenhang mit der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhobenen Steuern, Gebühren und anderen Beträgen; diese schließen in der Italienischen Republik die von den zuständigen Organen der Europäischen Gemeinschaften festgelegten Eingangs- oder Ausgangsabgaben ein.

**Artikel 2**

1. Nach Maßgabe dieses Abkommens leisten die Zollverwaltungen der beiden Staaten, auch wenn sie im gerichtlichen Auftrag tätig sind, einander im unmittelbaren Verkehr Amtshilfe zum Zwecke der
  - a) Sicherung der Befolgung der Zollvorschriften;
  - b) Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Zollzu widerhandlungen.
2. Die Amtshilfe umfaßt nicht die Festnahme von Personen sowie die Einbringung von Eingangs- und Ausgangsabgaben oder von Geldstrafen und sonstigen Beträgen für Rechnung des anderen Staates.

### Artikel 3

Auf Ersuchen der Zollverwaltung eines der Staaten übt die Zollverwaltung des anderen Staates im Rahmen seiner Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren eine besondere Überwachung aus über

- a) Ortsveränderungen, insbesondere die Ein- und Ausreise von Personen, die im ersuchenden Staat unter Verdacht stehen, Zollzuwiderhandlungen zu begehen;
- b) Transporte von Waren, von denen der ersuchende Staat mitgeteilt hat, daß der Verdacht besteht, daß sie in seinem Gebiet zu Zollzuwiderhandlungen führen können;
- c) Örtlichkeiten, wo ungewöhnliche Mengen an Waren gelagert werden, bei denen der ersuchende Staat Grund zur Annahme hat, daß sie zur illegalen Einfuhr in sein Gebiet bestimmt sind;
- d) Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge oder andere Beförderungsmittel, für die der ersuchende Staat Grund zur Annahme hat, daß sie zur Begehung von Zollzuwiderhandlungen in seinem Gebiet benutzt werden könnten.

### Artikel 4

1. Die Zollverwaltungen der beiden Staaten erteilen einander unaufgefordert und unverzüglich alle verfügbaren Auskünfte über

- a) festgestellte oder geplante Vorgänge, die zu einer Zollzuwiderhandlung im anderen Staat führen oder führen können;
- b) neue Mittel oder Methoden der Begehung von Zollzuwiderhandlungen;
- c) Waren, von denen bekannt ist, daß sie den Gegenstand von Zollzuwiderhandlungen im anderen Staat bilden;
- d) Personen, die im Verdacht stehen, Zollzuwiderhandlungen zu begehen, sowie Fahrzeuge, Schiffe und Luftfahrzeuge, bei denen der Verdacht besteht, daß sie zur Begehung solcher Zu widerhandlungen im anderen Staat verwendet werden.

2. Die Zollverwaltungen der beiden Staaten treffen Maßnahmen, damit Beamte ihrer Dienststellen, die mit der Ausforschung von Zollzuwiderhandlungen betraut sind, zum Zwecke des Austausches von Auskünften zur Verhinderung, Ermittlung oder Verfolgung von solchen Zu widerhandlungen in persönlichem und direktem Kontakt stehen.

### Artikel 5

1. Die Zollverwaltungen der beiden Staaten erteilen einander über Ersuchen alle verfügbaren Auskünfte über Vorgänge, die eine Zollzuwiderhandlung im einen oder anderen Staat darstellen oder darstellen können, sowie über den Austausch von Waren, die Gegenstand einer Zollzuwiderhandlung sein können.

2. Über Ersuchen der Zollverwaltung des einen Staates nimmt die Zollverwaltung des anderen Staates nach Maßgabe des in seinem Gebiet geltenden Rechts alle erforderlichen Ermittlungen vor. insbesondere die Einvernahme von einer Zollzuwiderhandlung verdächtigen Personen, von Zeugen oder von Sachverständigen. und teilt dieser die Ergebnisse unverzüglich mit.

### Artikel 6

Die Auskünfte nach Artikel 4 oder 5 werden auch in Form von Berichten, Niederschriften oder Kopien von Dokumenten erteilt.

### Artikel 7

Die Zollverwaltungen der beiden Staaten können erhaltene Auskünfte und vorgelegte Schriftstücke nach Maßgabe dieses Abkommens sowohl in ihren Niederschriften, Berichten oder Zeugenaussagen als auch in Verfahren vor den Gerichten als Beweismittel heranziehen.

### Artikel 8

1. Die im Rahmen der Amtshilfe erhaltenen Auskünfte, Mitteilungen und Schriftstücke dürfen in zivilgerichtlichen, strafgerichtlichen oder verwaltungsbehördlichen Verfahren nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften nur für die in diesem Abkommen bestimmten Zwecke verwendet werden.

2. Diese Auskünfte, Mitteilungen und Schriftstücke dürfen anderen als den mit ihrer Verwendung betrauten Organen nur weitergegeben werden, wenn die Zollverwaltung, die sie mitgeteilt hat, dem ausdrücklich zustimmt und wenn die für die Zollverwaltung, die sie erhalten hat, maßgeblichen Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen.

3. Auskünfte, Mitteilungen und Schriftstücke, über die die Zollverwaltung des ersuchenden Staates in Anwendung dieses Abkommens verfügt, genießen denselben Schutz, welcher vom innerstaatlichen Recht dieses Staates Schriftstücken oder anderen Auskünften dieser Art gewährt wird.

#### **Artikel 9**

Auf Ersuchen der Zollverwaltung des einen Staates ermächtigt die Zollverwaltung des anderen Staates nach Möglichkeit ihre Organe, als Zeugen oder Sachverständige in gerichtlichen oder verwaltungsbehördlichen Verfahren betreffend Zollzuwiderhandlungen im Gebiet des anderen Staates auszusagen und die für das Verfahren notwendigen Gegenstände, Akten und andere Schriftstücke oder beglaubigte Abschriften hievon vorzulegen. Das Ersuchen auf Erscheinen legt insbesondere fest, in welcher Rechtssache und in welcher Eigenschaft das Organ aussagen soll. Die Zollverwaltung des Staates, an den das Ersuchen gerichtet ist, legt erforderlichenfalls in der von ihr ausgestellten Genehmigung die Grenzen fest, innerhalb welcher ihre Organe ihre Aussage zu halten haben.

#### **Artikel 10**

Die für die Ermittlung von Zollzuwiderhandlungen zuständigen Organe der Zollverwaltung eines Staates können mit Zustimmung der Zollverwaltung des anderen Staates in dessen Gebiet bei zur Ermittlung und Feststellung solcher Zuwiderhandlungen durchgeführten Verfahren anwesend sein.

#### **Artikel 11**

Wenn in den von diesem Abkommen vorgesehenen Fällen die Organe der Zollverwaltung eines Staates sich im Gebiet des anderen Staates befinden, müssen sie jederzeit in der Lage sein, ihre dienstliche Funktion nachzuweisen. Sie genießen in diesem Gebiet denselben Schutz, der Organen der Zollverwaltung dieses Staates von den geltenden Rechtsvorschriften gewährt wird.

#### **Artikel 12**

Auf Ersuchen der Zollverwaltung des einen Staates stellt die Zollverwaltung des anderen Staates entsprechend den in diesem Gebiet geltenden Rechtsvorschriften Schriftstücke betreffend die Anwendung der Zollvorschriften den Empfängern zu.

#### **Artikel 13**

Die beiden Staaten verzichten gegenseitig auf jeden Anspruch auf Rückvergütung der durch die Anwendung dieses Abkommens verursachten Kosten. Entschädigungen von im Artikel 9 genannten Organen, von Sachverständigen oder von Dolmetschern gehen jedoch zu Lasten des ersuchenden Staates.

#### **Artikel 14**

1. Die Staaten sind nicht verpflichtet, die in diesem Abkommen vorgesehene Amtshilfe zu leisten, wenn sie der Ansicht sind, daß diese geeignet ist, ihre Souveränität, ihre Sicherheit, den ordre public oder andere wesentliche Interessen zu beeinträchtigen.

2. Jede Ablehnung der Amtshilfe ist zu begründen.

#### **Artikel 15**

Stellt eine Zollverwaltung ein Ersuchen um Amtshilfe und wäre sie nicht in der Lage, einem solchen zu entsprechen, so weist sie darauf in ihrem Ersuchen hin. Es steht der ersuchten Zollverwaltung frei, einem solchen Ersuchen zu entsprechen.

**Artikel 16**

1. Die Maßnahmen zur Durchführung dieses Abkommens werden von den Zollverwaltungen der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich festgelegt.
2. Fragen, die sich bei der Anwendung des Abkommens ergeben, werden durch diese Verwaltungen selbst einvernehmlich gelöst.
3. Zu diesem Zweck können besondere Besprechungen abgehalten werden.

**Artikel 17**

Dieses Abkommen ist auf das Zollgebiet der Italienischen Republik, wie es im einheitlichen italienischen Text der Vorschriften auf dem Gebiet des Zollwesens festgelegt ist, und auf das Zollgebiet der Republik Österreich anwendbar.

**Artikel 18**

1. Dieses Abkommen ist nach den verfassungsrechtlichen Verfahren jedes Vertragsstaates zu ratifizieren; die Ratifikationsurkunden werden in Rom ausgetauscht.
2. Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattfindet.
3. Es kann von jedem der beiden Vertragsstaaten jederzeit schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt werden. In einem solchen Fall tritt es drei Monate nach dem Einlangen der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.
4. Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das am 26. Juni 1978 in Wien unterzeichnete Abkommen über die gegenseitige Amtshilfe außer Kraft.

**Artikel 19**

Jede bei Auslegung der Bestimmungen dieses Abkommens entstehende Unstimmigkeit ist auf diplomatischem Weg zu bereinigen.

GESCHEHEN in Wien am 17. Juli 1991, in zwei Exemplaren, in italienischer und deutscher Sprache, von denen beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung  
der Republik Österreich:  
H. D. SCHWEISGUT e.h.

Für die Regierung  
der Italienischen Republik:  
M. DEL GIUDICE e.h.

## [ITALIAN TEXT — TEXTE ITALIEN]

**CONVENZIONE DI MUTUA ASSISTENZA AMMINISTRATIVA PER  
LA PREVENZIONE LA RICERCA E LA REPRESSIONE DELLE  
INFRAZIONI DOGANALI TRA IL GOVERNO DELLA REPUB-  
BLICA DI AUSTRIA E IL GOVERNO DELLA REPUBBLICA ITA-  
LIANA**

---

Il Governo della Repubblica di Austria ed il Governo della Repubblica italiana;

Considerando che le infrazioni alla legislazione doganale pregiudicano gli interessi economici, fiscali e commerciali dei loro rispettivi Paesi;

Considerando che è importante assicurare la esatta percezione dei diritti e delle tasse;

Considerando che il traffico di stupefacenti e di sostanze psicotrope contribuisce ad alimentare il mercato illecito di tali sostanze che rappresentano un pericolo per la salute pubblica e la società;

Convinti che la lotta contro tali infrazioni sarebbe resa più efficace dalla stretta cooperazione tra le loro Amministrazioni doganali;

Tenuto conto della Raccomandazione del Consiglio di Cooperazione Doganale sulla Mutua Assistenza Amministrativa del 5 dicembre 1953;

Hanno convenuto quanto segue:

**Articolo 1**

Ai fini della presente Convenzione si intende per:

1. « Legisla<sup>zione</sup> doganale », le disposizioni legali e regolamentari applicate dalle due Amministrazioni doganali e relative:
  - a) all'importazione ed all'esportazione, alla circolazione ed all deposito delle merci, ivi compresi i mezzi di pagamento;
  - b) alla riscossione, alla garanzia o al rimborso dei diritti e tasse all'importazione e all'esportazione;
  - c) al controllo di ogni misura di proibizione e di restrizione all'importazione, all'esportazione ed al transito;
2. « Amministrazione doganale », il Ministero Federale delle Finanze e le Autorità doganali da esso dipendenti, per la Repubblica di Austria e, l'Amministrazione doganale, ivi compresa la Guardia di Finanza, per la Repubblica italiana;
3. « Infrazione doganale », ogni violazione o tentativo di violazione alla legislazione doganale;
4. « Diritti e tasse all'importazione o all'esportazione », i dazi doganali e tutti gli altri diritti, tasse e canoni o imposizioni varie che vengono percepiti dall'Amministrazione doganale all'importazione o all'esportazione ovvero in occasione della importazione delle merci o della esportazione delle merci, ivi compresi, per la Repubblica italiana, i diritti e tasse all'importazione e all'esportazione istituiti dai competenti organi delle Comunità Europee.

**Articolo 2**

1. Alle condizioni definite dalla presente Convenzione, le Amministrazioni doganali dei due Stati si prestano, mediante rapporti diretti, mutua assistenza, anche su incarico dell'Autorità Giudiziaria, al fine:

- a) di assicurare l'osservanza della legislazione doganale;
- b) di prevenire, ricercare e reprimere le infrazioni alle loro rispettive legislazioni doganali.

2. La mutua assistenza non si estende all'arresto delle persone né alle procedure di recupero, per conto dello altro Stato, di diritti e di tasse all'importazione od alla esportazione, né di multe e di altre somme.

### Articolo 3

A richiesta dell'Amministrazione doganale di uno degli Stati, l'Amministrazione doganale dell'altro esercita, nel quadro della sua legislazione e delle sue pratiche amministrative, una sorveglianza speciale, su:

- a) gli spostamenti, particolarmente all'entrata ed all'uscita dal suo territorio, delle persone sospettate nello Stato richiedente di commettere infrazioni doganali;
- b) i movimenti delle merci segnalati, dallo Stato richiedente, come sospetti perché possono dar luogo, nel suo territorio, ad infrazioni doganali;
- c) i luoghi dove sono depositate, in quantità inabituale, merci di cui lo Stato richiedente ha ragione di ritenere che esse siano destinate ad essere importate illegalmente nel suo territorio;
- d) i veicoli, imbarcazioni, aeronavi od altri mezzi di trasporto che lo Stato richiedente ha ragione di ritenere che essi possano essere utilizzati per commettere infrazioni doganali sul suo territorio.

### Articolo 4

1. Le Amministrazioni doganali dei due Stati si comunicano spontaneamente e senza ritardo ogni informazione di cui esse dispongono, concernente:

- a) le operazioni, constatate o progettate, che presentino o paiono presentare un rischio d'infrazione doganale all'altro Stato;
- b) i nuovi mezzi o metodi utilizzati per commettere infrazioni doganali;
- c) le categorie di merci note come facenti oggetto di infrazioni doganali nell'altro Stato;
- d) le persone sospettate di essere dediti a commettere infrazioni doganali nonché i veicoli, imbarcazioni, aeronavi sospettati di essere utilizzati per tale fine nell'altro Stato.

2. Le Amministrazioni doganali dei due Stati adottano le disposizioni affinché funzionari dei loro servizi, incaricati della ricerca delle infrazioni doganali, siano in relazione personale e diretta in vista dello scambio di tali informazioni per prevenire, ricercare o reprimere le citate infrazioni.

### Articolo 5

1. Le Amministrazioni doganali dei due Stati si trasmettono, su richiesta, ogni informazione di cui dispongono su operazioni scoperte o progettate che costituiscono o sembrano costituire infrazione doganale all'uno o allo altro Stato, nonché sugli scambi di merci che possono formare oggetto di una infrazione doganale.

2. Su richiesta dell'Amministrazione doganale di uno Stato, l'Amministrazione doganale dell'altro Stato procede, nel quadro delle leggi e dei regolamenti in vigore sul suo territorio, a tutte le indagini necessarie, in particolare all'audizione delle persone sospettate d'infrazioni doganali, di testimoni e di esperti, comunicandone, senza indugio, i risultati.

### Articolo 6

Le informazioni previste dagli articoli 4 e 5 sono fornite anche sotto forma di rapporti, processi verbali o dopie conformi di documenti.

### Articolo 7

Le Amministrazioni doganali dei due Stati possono addurre, a titolo di prova, le informazioni ricevute ed i documenti prodotti, alle condizioni previste dalla presente Convenzione, tanto nei loro processi verbali, rapporti o testimonianze, quanto nel caso di procedimenti innanzi ai tribunali.

### Articolo 8

1. Le informazioni, le comunicazioni ed i documenti ricevuti nel quadro dell'assistenza amministrativa possono essere usati in procedimenti civili, penali e amministrativi, alle condizioni stabilite dalle rispettive norme giuridiche interne, unicamente per gli scopi previsti dalla presente Convenzione.

2. Tali informazioni, comunicazioni e documenti possono essere comunicati ad organi diversi da quelli incaricati di usarli, solamente se l'Amministrazione doganale che li ha forniti vi acconsente espressamente e sempre che la legislazione propria dell'Amministrazione che li ha ricevuti non vietи tale comunicazione.

3. Le informazioni, le comunicazioni ed i documenti di cui l'Amministrazione doganale dello Stato richiedente dispone, in applicazione della presente Convenzione, godono della protezione accordata dalla legge nazionale di questo Stato ai documenti od alle informazioni della stessa natura.

#### **Articolo 9**

Su richiesta dell'Amministrazione doganale di uno Stato, l'Amministrazione doganale dell'altro Stato autorizza, nella misura del possibile, i suoi agenti a deporre, in qualità di testimoni o esperti, nei procedimenti giudiziari o amministrativi relativi ad infrazioni doganali perseguiti nel territorio dell'altro Stato ed a produrre oggetti, atti ed altri documenti, o copie autenticate degli stessi, necessari per i procedimenti. La domanda di comparizione precisa, in particolare, in quale causa ed in quale qualità l'agente dovrà deporre.

L'Amministrazione doganale dello Stato contraente che accetta la richiesta precisa, se del caso, nell'autorizzazione che essa rilascia, i limiti nei quali i suoi agenti dovranno mantenere la loro deposizione.

#### **Articolo 10**

Gli agenti dell'Amministrazione doganale di uno Stato, competenti per la ricerca delle infrazioni doganali, possono assistere, previo assenso dell'Amministrazione doganale dell'altro Stato, sul territorio di quest'ultimo, alle operazioni effettuate per la ricerca e l'accertamento di tali infrazioni.

#### **Articolo 11**

Quando, nei casi previsti dalla presente Convenzione, gli agenti dell'Amministrazione doganale di uno Stato si trovano sul territorio dell'altro Stato, devono essere in grado di giustificare, in ogni momento, la loro qualifica ufficiale. Essi beneficiano su tale territorio della protezione accordata agli agenti dell'Amministrazione doganale di tale Stato dalla legislazione in vigore.

#### **Articolo 12**

A richiesta dell'Amministrazione doganale di uno Stato, l'Amministrazione doganale dell'altro Stato, dispone la notifica ai destinatari, con l'osservanza delle disposizioni in vigore sul proprio territorio, di tutti gli atti concernenti l'applicazione della legislazione doganale.

#### **Articolo 13**

Gli Stati contraenti rinunciano reciprocamente ad ogni domanda di rimborso degli oneri derivanti dall'applicazione della presente Convenzione. Le indennità corrisposte agli agenti di cui all'art. 9, agli esperti ed agli interpreti, sono a carico dello Stato richiedente.

#### **Articolo 14**

1. Gli Stati contraenti non sono tenuti ad accordare l'assistenza prevista dalla presente Convenzione nel caso cui ritengano che questa sia tale da portare pregiudizio alla loro sovranit, alla loro sicurezza, all'ordine pubblico ovvero ad altri interessi essenziali.

2. Ogni rifiuto di assistenza deve essere motivato.

### Articolo 15

Qualora una Amministrazione doganale dovesse richiedere assistenza che essa stessa non sarebbe in grado di fornire a sua volta, essa dovrà richiamare nella richiesta l'attenzione dell'altra Amministrazione su tale circostanza. L'esecuzione della richiesta sarà a discrezione di quest'ultima Amministrazione doganale.

### Articolo 16

1. Le modalità di applicazione della presente Convenzione sono stabilite di concerto tra le Amministrazioni doganali degli Stati contraenti.
2. Le predette Amministrazioni, inoltre, convengono di risolvere direttamente i problemi che si presentano nella pratica applicazione della Convenzione.
3. A tale fine possono incontrarsi in apposite riunioni.

### Articolo 17

Il campo di applicazione della presente Convenzione si estende sul territorio doganale della Repubblica di Austria, e sul territorio doganale della Repubblica italiana, quale viene definito dal Testo Unico delle disposizioni in materia doganale.

### Articolo 18

1. La presente Convenzione sarà ratificata secondo le procedure costituzionali di ogni Stato contraente ed i relativi strumenti di ratifica saranno scambiati a Roma.
2. Essa entrerà in vigore il primo giorno del terzo mese successivo allo scambio degli strumenti di ratifica.
3. Essa può essere denunciata dagli Stati contraenti in ogni momento per iscritto, per via diplomatica. In tale caso cesserà di avere effetto tre mesi dopo la ricezione della notifica.
4. Alla data di entrata in vigore della presente Convenzione, cesserà di avere effetto l'Accordo di Mutua Assistenza Amministrativa tra la Repubblica di Austria e la Repubblica italiana, fatto a Vienna il 26 giugno 1978.

### Articolo 19

Ogni divergenza che dovesse nascere dall'interpretazione delle disposizioni della presente Convenzione sarà sanata per via diplomatica.

FATTO a Vienna, il 17 luglio 1991, in due esemplari, in lingua tedesca e italiana, i due testi facenti egualmente fede.

Per il governo della Repubblica  
di Austria:

H. D. SCHWEISGUT m.p.

Per il governo della Repubblica  
italiana:

M. DEL GIUDICE m.p.

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE ITALIAN REPUBLIC ON MUTUAL ADMINISTRATIVE ASSISTANCE FOR THE PREVENTION, INVESTIGATION AND PUNISHMENT OF CUSTOMS OFFENCES

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Italian Republic,

Considering that offences against customs laws are prejudicial to the economic, fiscal and commercial interests of their respective countries,

Considering the importance of ensuring the rigorous collection of customs duties and other taxes,

Considering that trafficking in narcotics and psychotropic substances helps to sustain the illegal market for such substances, which represent a danger to public health and to society,

Convinced that action to combat such offences would be made more effective by close cooperation between their customs administrations,

Having regard to the recommendation of the Customs Cooperation Council on Mutual Administrative Assistance of 5 December 1953,

Have agreed as follows:

*Article I*

For the purposes of this Agreement:

1. "Customs laws" means the laws and regulations applied by the two customs administrations concerning:

(a) The import, export, circulation and storage of goods, including the means of payment;

(b) The collection or reimbursement of import and export duties and taxes, or security in respect thereof;

(c) The enforcement of any measure prohibiting or restricting imports, exports and transit;

2. "Customs administration" means, in the case of the Republic of Austria, the Federal Ministry of Finance and the customs authorities under it and, in the case of the Italian Republic, the Customs Administration, including the Customs and Inland Revenue Service (*Guardia di Finanza*);

3. "Customs offence" means any violation or attempted violation of customs laws;

<sup>1</sup> Came into force on 1 November 1995, i.e., the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification, which took place at Rome on 24 August 1995, in accordance with article 18 (2).

4. "Import or export duties and taxes" means customs duties and any other duties, taxes and sundry charges collected by the customs administration at the time of, or in connection with, the import or export of goods, including, in the case of the Italian Republic, the import and export duties and taxes established by the competent organs of the European Communities.

#### *Article 2*

1. As provided by this Agreement, the customs administrations of the two States shall assist each other through direct contacts, and also in compliance with court orders, for the purpose of:

- (a) Enforcing customs laws;
  - (b) Preventing, investigating and punishing violations of their respective customs laws.
2. Such mutual assistance shall not extend to the arrest of persons or to procedures for the recovery, on behalf of the other State, of import or export duties and taxes or fines and other payments.

#### *Article 3*

At the request of the customs administration of one State, the customs administration of the other State shall, subject to its legislation and its administrative practices, exercise particular surveillance over:

- (a) The movements, especially upon entry into and departure from its territory, of persons suspected in the requesting State of having committed customs offences;
- (b) The movements of goods indicated as suspect by the requesting State because they may give rise to customs offences in its territory;
- (c) Places where unaccustomed quantities of goods have been stored, which the requesting State has reason to believe are to be imported illegally into its territory;
- (d) Vehicles, boats, aircraft or other means of transport which the requesting State has reason to believe may be used in the commission of customs offences in its territory.

#### *Article 4*

1. The customs administrations of the two States shall, on their own initiative and without delay, communicate to each other all available information regarding:

- (a) Operations, detected or projected, which constitute or appear to constitute customs offences in the other State;
- (b) New ways and means of committing customs offences;
- (c) Categories of goods known to be involved in the commission of customs offences in the other State;
- (d) Persons suspected of being engaged in the commission of customs offences, as well as vehicles, boats and aircraft suspected of being used for such purpose in the other State.

2. The customs administrations of the two States shall make arrangements for direct personal contacts between officials of their respective services responsible

for the investigation of customs offences with a view to the exchange of such information in order to prevent, investigate or punish those offences.

#### *Article 5*

1. Upon request, the customs administrations of the two States shall transmit to each other all available information regarding operations, detected or projected, which constitute or appear to constitute customs offences in either State and regarding exchanges of goods which may be involved in the commission of a customs offence.

2. At the request of the customs administration of one State, the customs administration of the other State shall, subject to the laws and regulations in force in its territory, conduct all necessary investigations, including the questioning of persons suspected of having committed a customs offence, and of witnesses and experts, and shall communicate the results of the investigations without delay.

#### *Article 6*

The information referred to in articles 4 and 5 shall be provided in the form also of reports, records or certified true copies of documents.

#### *Article 7*

The customs administrations of the two States may present as evidence all information received and documents provided under the terms of this Agreement, both in their own records, reports or testimony and in court proceedings.

#### *Article 8*

1. Information, communications and documents received in the course of the provision of administrative assistance shall be used, subject to the respective domestic laws of the two States, in civil, criminal and administrative proceedings, solely for the purposes specified in this Agreement.

2. Such information, communications and documents may be passed on to authorities other than those responsible for using them only if the customs administration which provided them gives its express consent and provided that this is not prohibited by the legislation of the receiving customs administration.

3. Information, communications and documents made available to the customs administration of the requesting State pursuant to this Agreement shall enjoy the protection provided for documents and information of the same nature under the domestic laws of that State.

#### *Article 9*

At the request of the customs administration of one State, the customs administration of the other State shall, as far as possible, authorize its authorities to testify as witnesses or experts in judicial or administrative proceedings relating to customs offences prosecuted in the territory of the other State and to produce objects, files and other documents, or authenticated copies thereof, as needed for the proceedings. The summons shall specify, in particular, the case and the capacity in which the authority must testify.

The customs administration of the Contracting State which agrees to the request shall, as appropriate specify, in the authorization which it issues, the limits within which its authorities may make statements.

#### *Article 10*

The authorities of the customs administration of one State who are competent to investigate customs offences may, with the prior consent of the customs administration of the other State, take part, in the territory of the latter, in operations conducted to investigate or establish the commission of such offences.

#### *Article 11*

When, in the cases covered by this Agreement, the authorities of the customs administration of one State are in the territory of the other State, they must at all times be in a position to show proof of their official capacity. They shall enjoy in that territory the protection provided for the authorities of the customs administration of that State under the legislation in force.

#### *Article 12*

At the request of the customs administration of one State, the customs administration of the other State shall deliver to the recipients, subject to the laws and regulations in force in its own territory, the documents concerning the application of customs laws.

#### *Article 13*

The Contracting States shall reciprocally waive all claims for reimbursement of costs incurred in the implementation of this Agreement. The requesting State shall, however, be responsible for remuneration paid to the authorities specified in article 9 and to experts and interpreters.

#### *Article 14*

1. The Contracting States shall not be obliged to provide assistance as specified in this Agreement in cases where they are of the opinion that such assistance would be an infringement of their sovereignty, security, public policy (*ordre public*) or other fundamental interests.

2. Any refusal to provide assistance shall be accompanied by a statement of the reasons therefor.

#### *Article 15*

In cases where one of the customs administrations requests assistance which it would not itself be in a position to provide in return, it shall, in making its request, draw this to the attention of the other customs administration. The execution of the request shall be at the discretion of the latter customs administration.

#### *Article 16*

1. The procedures for the implementation of this Agreement shall be established by agreement between the customs administrations of the Contracting States.

2. The customs administrations shall also resolve between themselves any problems that may arise in the implementation of the Agreement.

3. They may hold special meetings for that purpose.

*Article 17*

The scope of this Agreement extends to the customs territory of the Republic of Austria, and to the customs territory of the Italian Republic as defined in the Single Text of the Italian customs regulations.

*Article 18*

1. This Agreement shall be ratified in accordance with the constitutional procedures of the two Contracting States and the instruments of ratification shall be exchanged at Rome.

2. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the exchange of the instruments of ratification takes place.

3. It may be denounced by either of the Contracting States at any time in writing through the diplomatic channel. In such case, it shall cease to have effect three months after notification of denunciation has been received by the other Contracting State.

4. On the date of the entry into force of this Agreement, the Agreement between the Italian Republic and the Republic of Austria concerning mutual administrative assistance for the prevention, investigation and punishment of customs offences, done at Vienna on 26 June 1978,<sup>1</sup> shall cease to have effect.

*Article 19*

Any disagreement arising from the interpretation of the provisions of this Agreement shall be resolved through the diplomatic channel.

DONE at Vienna on 17 July 1991, in two original copies, in the German and Italian languages, both texts being equally authentic.

For the Government  
of the Republic of Austria:

H. D. SCHWEISGUT

For the Government  
of the Italian Republic:

M. DEL GIUDICE

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1208, p. 375.

## [TRADUCTION — TRANSLATION]

**ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE RELATIF À L'ASSISTANCE ADMINISTRATIVE MUTUELLE EN MATIÈRE DE PRÉVENTION, DE RECHERCHE ET DE RÉPRESSION DES INFRACTIONS DOUANIÈRES**

Le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République italienne,

Considérant que les violations de la réglementation douanière nuisent aux intérêts économiques, fiscaux et commerciaux de leurs deux pays;

Considérant qu'il est important d'assurer la perception exacte des droits et taxes;

Considérant que le commerce des drogues et des stupéfiants psychotropes alimente le marché illicite de ces substances qui représentent un danger pour la santé publique et la société;

Convaincus que la lutte contre ces infractions serait encore renforcée par une coopération étroite entre leurs administrations douanières;

Considérant la recommandation du Conseil de coopération douanière relative à l'assistance administrative du 5 décembre 1953, sont convenus de ce qui suit;

*Article premier*

Aux fins du présent Accord, on entend par

1. « Réglementation douanière » la réglementation applicable par les deux administrations douanières concernant

a) L'importation, l'exportation, le transit et l'entreposage de marchandises, y compris de moyens de paiement

b) La perception, la garantie et le remboursement des droits et taxes d'importation et d'exportation;

c) Le contrôle de toute mesure d'interdiction et de limitation de l'importation, de l'exportation ou du transit;

2. « Administration douanière », le Ministère fédéral des finances et l'autorité douanière qui en dépend, dans le cas de la République d'Autriche et l'administration des douanes, y compris la Guardia di Finanza, dans le cas de la République italienne;

3. « Infraction douanière », toute violation ou tentative de violation de la réglementation douanière;

4. « Droits et taxes d'importation ou d'exportation », les droits de douane et tous autres droits, taxes et autres montants perçus par l'administration douanière lors ou à l'occasion de l'importation ou de l'exportation de marchandises, y compris

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> novembre 1995, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Rome le 24 août 1995, conformément au paragraphe 2 de l'article 18.

dans le cas de la République italienne, les droits et taxes d'importation et à l'exportation institués par les organes compétents des Communautés européennes.

### *Article 2*

1. Conformément aux dispositions du présent Accord, les administrations douanières des deux Etats se prêtent directement assistance, même dans les cas où elles agissent en tant qu'autorités judiciaires, afin,

- a) De garantir l'application de la réglementation douanière;
- b) D'empêcher, de rechercher et de poursuivre les infractions à la réglementation douanière.

2. L'assistance ne s'étend pas à l'arrestation des personnes ni aux procédures de recouvrement, pour le compte de l'autre Etat, de droits ou de taxes d'importation ou d'exportation, ou d'amendes ou d'autres montants.

### *Article 3*

A la demande de l'administration douanière de l'un des deux Etats, l'administration douanière de l'autre Etat, conformément à sa législation et à ses règles administratives, surveille spécialement,

- a) Les déplacements, en particulier, l'entrée et la sortie de personnes soupçonnées de contreviendre à la réglementation douanière de l'Etat requérant;
- b) Les transports de marchandises au sujet desquelles l'Etat requérant a fait savoir qu'il soupçonne de donner lieu à des infractions douanières sur son territoire;
- c) Les lieux où sont entreposées des quantités inhabituelles de marchandises et au sujet desquelles l'Etat requérant a des motifs de supposer qu'elles sont destinées à être illégalement importées sur son territoire;
- d) Les véhicules, navires, aéronefs ou autres moyens de transport au sujet desquels l'Etat a des motifs de supposer qu'ils pourraient servir à l'accomplissement d'infractions douanières sur son territoire.

### *Article 4*

1. Les administrations douanières de chaque Etat communiquent automatiquement et immédiatement aux administrations douanières de l'autre Etat tous les renseignements dont elles disposent au sujet :

- a) D'actes connus ou prévus qui conduisent ou pourraient conduire à une infraction douanière sur le territoire de l'autre Etat;
- b) De nouveaux moyens ou méthodes d'accomplissement d'infractions douanières;
- c) De marchandises dont elles savent qu'elles font l'objet d'une infraction douanière sur le territoire de l'autre Etat;
- d) De personnes soupçonnées de commettre des infractions douanières ainsi que des véhicules, navires et aéronefs dont on pense qu'ils peuvent servir à commettre de telles infractions douanières sur le territoire de l'autre Etat.

2. Les administrations douanières des deux Etats agissent pour permettre les contacts personnels et directs entre les fonctionnaires de leurs services chargés d'enquêter sur les infractions douanières, afin qu'ils puissent échanger des ren-

seignements concernant la prévention, la recherche ou la répression de telles infractions douanières.

#### *Article 5*

1. Les administrations douanières des deux Etats se communiquent sur demande tous les renseignements dont elles disposent concernant des faits qui constituent ou peuvent constituer une infraction douanière sur le territoire de l'un ou de l'autre Etat, ainsi que sur les échanges de marchandises qui peuvent donner lieu à une infraction douanière.

2. Sur demande de l'administration douanière de l'un des Etats, l'administration douanière de l'autre Etat, conformément à la législation applicable sur son territoire, procède à toutes les enquêtes nécessaires, en particulier interroge les personnes soupçonnées de commettre des infractions douanières et recueillir les dépositions de témoins ou d'experts et transmet immédiatement les résultats à l'administration douanière requérante.

#### *Article 6*

Les renseignements visés à l'article 4 ou à l'article 5 du présent Accord sont communiqués aussi sous forme de rapports, de comptes rendus ou de copies de documents.

#### *Article 7*

L'administration douanière de chaque Etat peut exploiter les renseignements obtenus ou les pièces communiquées conformément aux dispositions du présent Accord aussi bien dans ses rapports, comptes rendus ou procès-verbaux de déclarations de témoins que dans des procédures judiciaires en tant que moyens de preuve.

#### *Article 8*

1. Les informations, les communications et les pièces reçues au titre de l'assistance administrative peuvent être utilisées dans les procédures civiles, pénales ou administratives aux conditions définies par la législation interne applicable, uniquement aux fins prévues dans le présent Accord.

2. Ces informations, communications et pièces ne peuvent être transmises à des organes autres que ceux qui sont chargés de les employer que si l'administration douanière qui les a communiquées l'autorise expressément et qu'aucune réglementation pertinente n'empêche l'administration douanière qui les a obtenues de le faire.

3. Les informations, communications et pièces dont dispose l'administration douanière de l'Etat requis en application du présent Accord bénéficient des mêmes protections que celles qui sont accordées par le droit interne de cet Etat aux pièces ou autres informations de même ordre.

#### *Article 9*

Sur demande de l'administration douanière de l'un des Etats, l'administration douanière de l'autre Etat, dans la mesure du possible, autorise ses agents à déposer en qualité de témoins ou d'experts dans les procédures judiciaires ou administratives concernant des infractions douanières faisant l'objet de poursuites sur le territoire de l'autre Etat et à produire des objets, actes ou autres pièces, ou leur copie authentifiée, nécessaires à la procédure. La demande de comparution prévoit en

particulier à quelle fin et en quelle qualité l'agent doit déposer. L'administration douanière de l'Etat requis définit le cas échéant dans l'autorisation qu'elle délivre les limites dans lesquelles ses fonctionnaires déposent.

#### *Article 10*

Les fonctionnaires de l'administration douanière d'un Etat compétent pour rechercher les infractions douanières peuvent, avec l'autorisation de l'administration douanière de l'autre Etat et sur le territoire de celui-ci, assister à toutes les opérations de recherche et de détermination de ces infractions.

#### *Article 11*

Dans les cas visés par le présent Accord, les agents de l'administration douanière de l'un des Etats se trouvant sur le territoire de l'autre Etat doivent à tout moment être en mesure de prouver leur fonction officielle. Sur ce territoire, ils jouissent de la même protection que celle que la législation de cet autre Etat accorde aux agents de l'administration douanière de cet Etat.

#### *Article 12*

A la demande de l'administration douanière de l'un des Etats, l'administration douanière de l'autre Etat transmet les pièces relatives à l'application de la réglementation douanière conformément à la législation applicable sur son territoire.

#### *Article 13*

Les deux Etats contractants renoncent réciproquement à toute demande de remboursement des frais liés à l'application du présent Accord. La rémunération des agents, experts et interprètes visés à l'article 9 du présent Accord est cependant à la charge de l'Etat requérant.

#### *Article 14*

1. Les Etats contractants ne sont pas tenus d'accorder l'assistance prévue par le présent Accord s'ils estiment que cette assistance risque de menacer leur souveraineté, leur sécurité, leur ordre public ou d'autres intérêts essentiels.

2. Tout refus d'assistance est motivé.

#### *Article 15*

Si une administration douanière doit demander une assistance qu'elle-même ne serait pas en mesure de fournir, elle le souligne dans sa demande à l'autre administration. L'exécution de cette demande est alors à la discrétion de l'administration douanière requise.

#### *Article 16*

1. Les modalités d'application du présent Accord sont définies d'un commun accord par les administrations douanières des deux Etats contractants.

2. En outre, les administrations douanières des deux Etats contractants règlement directement à l'amiable les questions soulevées par l'application du présent Accord.

3. Des entretiens spéciaux peuvent avoir lieu à cette fin.

### *Article 17*

Le présent Accord s'applique sur le territoire douanier de la République italienne tel que celui-ci est défini dans le texte italien unique de la réglementation douanière, et sur le territoire douanier de la République d'Autriche.

### *Article 18*

1. Le présent accord doit être ratifié conformément aux modalités constitutionnelles de chaque Etat contractant; les instruments de ratification seront échangés à Rome.

2. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois qui suivra celui au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

3. Le présent Accord peut être dénoncé par l'une ou l'autre des parties contractantes, à tout moment par écrit, par la voie diplomatique. Dans ce cas, il cesse de produire des effets trois mois après la réception de la notification par l'autre Partie contractante.

4. L'Accord relatif à l'assistance mutuelle signé à Vienne le 26 juin 1978<sup>1</sup> s'éteindra à la date d'entrée en vigueur du présent Accord.

### *Article 19*

Toute divergence d'interprétation des dispositions du présent Accord sera réglée par la voie diplomatique.

FAIT à Vienne le 17 juillet 1991, en deux exemplaires, en langues allemande et italienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement  
de la République d'Autriche :

H. D. SWEISGUT

Pour le Gouvernement  
de la République italienne :

M. DEL GIUDICE

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1208, p. 375.

